

Nachhaltige Beziehungen?
Baden-Württemberg und das neue Europa:
Wirtschaft, Ökologie und Zivilgesellschaft

3. Dezember 2004 in Stuttgart

Die Veranstaltung brachte AkteurInnen der wirtschaftlichen, städtepartnerschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen Baden-Württembergs zu Ungarn und Tschechien zusammen, die sie unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit hinsichtlich Wirtschaft, Ökologie und Zivilgesellschaft einer Bilanz unterzogen, Perspektiven diskutierten und Impulse formulierten. Über 30 Personen aus den Verwaltungen des Landes und der Kommunen, der Umweltbewegung, der Zivilgesellschaft, der Politik und der Wirtschaft brachten ihre Erfahrungen und Kompetenzen aktiv ein und würdigten das Zusammenbringen der unterschiedlichen Akteure wie auch die ungewohnte Verknüpfung von Wirtschaft, Ökologie und Zivilgesellschaft als gelungen und gewinnbringend.

Nach einer Begrüßung durch Annette Goerlich und Felix Heidenreich, beide Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg, führte Daniel Kraft, Leiter des Zentrums der Brücke/Most-Stiftung zur Förderung der deutsch-tschechischen Verständigung und Zusammenarbeit, in das Thema ein.

Daniel Kraft

Nachhaltige Beziehungen?

Der Rückblick in die frühen achtziger Jahre zeige, dass es unter der Eisdecke der Blockkonfrontation schon früh zivilgesellschaftliche Kontakte gegeben habe. Zwar handelte es sich bei den Kontakten der Friedens- und Umweltbewegung um wenige, dafür jedoch um sehr enge Kontakte (Kelly, Böll). In der Oppositionsbewegung der achtziger Jahre sei das umweltpolitische Engagement letztlich weniger gefährlich gewesen als bspw. ein Engagement für die Charta 77. Aus der Zeit der Blockkonfrontation habe sich aber leider bis heute bei vielen die Wahrnehmung Mittel- und Osteuropas als „Block“ erhalten, das heißt als homogenes und im Vergleich zu Westeuropa defizitäres Ganzes. Die riesigen kulturellen

Differenzen zwischen den einzelnen mittel- und osteuropäischen (MOE)-Staaten würden oft nicht wahrgenommen.

Nach 1989 setzte dann ein großes Interesse an Mittel- und Osteuropa ein. Dennoch dauerte es lange, bis Irritationsquellen aus der Vergangenheit zumindest formal geregelt waren (Zwangsarbeiterentschädigung etc.). Der Boom bei den Städtepartnerschaften geriet jedoch 1997 in eine Stagnation. Offenbar wandte man sich wieder verstärkt den alten Partnern im Westen zu, deren Sprachen ohnehin auf dem Lehrplan standen. Zurzeit unterhält Baden-Württemberg 169 Städtepartnerschaften mit MOE-Staaten, 99 mit Ungarn, 60 mit Tschechien, 20 mit Polen. Gemeinsame Umweltprojekte gibt es vor allem in Grenznähe. Die zivilgesellschaftlichen Kontakte überwiegen; die Zusammenarbeit in der Umweltbewegung ist eher sporadisch, weil in Mittel und Osteuropa die Umweltbewegungen meist auf den Naturschutz konzentriert sind und sich nicht primär politisch verstehen; Kontakte bestehen vor allem in die USA und die Niederlande.

Erstaunlich und beklagenswert ist vor allem, dass Mittel- und Osteuropa in den deutschen Schulbüchern nach wie vor kaum behandelt werden. Die politische Bildung über Mittel- und Osteuropa muss auch in Baden-Württemberg als mangelhaft bezeichnet werden.

Gesprächsrunde I

Eine Bestandsaufnahme

In der ersten Gesprächsrunde wurde eine Bilanz der Beziehungen Baden-Württembergs zu MOE gezogen. Dabei ergaben sich folgende Ergebnisse:

Der Diagnose einer Stagnation des Austausches seit 1997 wurde von **Dr. Viera Koleková (Magistratin der Stadt Brunn)** widersprochen: Das Beispiel der Städtepartnerschaft Brunn/Stuttgart zeige hingegen, dass das gegenseitige Interesse weiter steige. 2003 sei die Städtepartnerschaft mit dem ersten Platz ausgezeichnet worden. Die für 2005 geplante Ausstellung zum 15jährigen Jubiläum werde die Kooperation in aller Breite dokumentieren. Enge Kooperation gebe es heute bereits im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs. Langfristig wolle man auch im Bereich des *gender mainstreaming* voneinander lernen. Besonderen Austauschbedarf sieht man auf tschechischer Seite im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, denn in Brunn gebe es quasi keine Tradition einer bürgernahen Stadtverwaltung.

Aus Sicht des Wirtschaftsministeriums beschrieb **Jürgen Oswald (Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg)** ebenfalls eine deutlich steigende Zusammenarbeit: Die Zahlen zeigten, dass der Export nach MOE zwischen 1993 und 2003 um fast 250 Prozent gestiegen sei. Dies liege auch daran, dass die baden-württembergische Industrielandschaft

mit ihren Angeboten sehr gut zur Nachfrage in MOE passe. Denn zur wirtschaftlichen Entwicklung bedürften die Staaten aus MOE genau jene Branchen des Maschinenbaus, des Fahrzeugbaus und der Elektrotechnik, für die Baden-Württemberg bekannt sei. Auch die Umwelttechnologie sei hier von zentraler Bedeutung. Hier müsse Baden-Württemberg die Wettbewerbsvorteile voll ausschöpfen.

Das Wirtschaftsministerium unterstütze über die GWZ und die neu gegründete Baden-Württemberg international (bw-i) die heimische Industrie. Dabei sei besonders bemerkenswert, dass die zivilgesellschaftlichen Kontakte (über die Städtepartnerschaften oder das Donaubüro in Ulm) für die wirtschaftliche Kooperation von großer Bedeutung sind: Nicht nur die Ökonomie unterstützt die Zivilgesellschaft in ihrer Zusammenarbeit; auch umgekehrt greifen die Unternehmen auf private Kontakte zurück, um Investitionen einzuleiten. Der Stellenwert der direkten, persönlichen Begegnung sei auch auf Regierungs- und Verwaltungsebene nicht zu unterschätzen und dürfe nicht als „Beamtentourismus“ verunglimpft werden.

Aus der Sicht einer großen Unternehmensberatung stellte **Günter Spielmann (Ernst&Young)** fest, dass niedrigere Umweltnormen heute kaum noch ein Argument zur Produktionsverlagerung sind; vor allem die Lohnkosten und die Markterschließung seien entscheidend. Gerade vor diesem Hintergrund ergebe sich jedoch in der Praxis meist von alleine die Einsicht, dass man bei Auslandsinvestitionen in Ungarn und Tschechien nur langfristig planen könne. Und das bedeute eben, dass man auch zivilgesellschaftliche und ökologische Gesichtspunkte bei den wirtschaftlichen Aktivitäten berücksichtigen müsse. Die **IHK, vertreten durch Konstantin Graf zu Dohna**, riet dringend dazu, sich bei Auslandsinvestitionen nicht nur auf persönliche Beziehungen zu verlassen, sondern sich umfangreich beraten zu lassen.

Insgesamt bleibe der Investitionsbedarf in MOE im Bereich der Umwelttechnologie sehr hoch. So bestehe beispielsweise in Rumänien ein durchschnittlicher Investitionsbedarf von rund 2 Milliarden Euro pro Jahr für die nächsten 15 Jahre. Die politische Flankierung ökonomischer Kooperation sei zwar hilfreich, jedoch nicht im selben Maße notwendig wie beispielsweise in China.

Als besonderes Desiderat wurde die Förderung von kleinen und mittelständischen Betrieben in Ungarn und Tschechien identifiziert. Denn gerade diese schafften Arbeitsplätze. Baden-Württemberg komme hierbei eine besondere Verantwortung zu, da hier die kleinen und mittelständischen Unternehmen dominierten.

Zum zweiten wurde die regionale Entwicklung angemahnt: In Tschechien, aber vor allem auch in Ungarn bestehe die Gefahr, dass bestimmte Regionen von der Entwicklung abgekoppelt werden und irgendwann keinerlei Investitionen mehr anziehen können, weil die Infrastruktur und die Nachfrage nicht ausreichend attraktiv sind.

Gesprächsrunde II

Perspektiven

In der zweiten Gesprächsrunde wurde zunächst von **Dana Kuchtová (Grüne Tschechien)** ein kritischeres Bild der zivilgesellschaftlichen Entwicklung und vor allem der Ökologiebewegung in Tschechien entworfen: Jahrelang sei der Umweltschutz als klar zweitrangig nach der wirtschaftlichen Entwicklung verstanden worden, als Sahne, die erst dann auf die Torte gesetzt werden kann, wenn das Wirtschaftswachstums bereits erfolgt ist. Die wilde Liberalisierung der Wirtschaft habe zu einer Einstellung geführt, der zufolge es kein schmutziges Geld gebe. Erst langsam gelinge es, die Folgen dieser unkontrollierten Liberalisierung wie Korruption und „graues Wirtschaften“ zu überwinden. Unabhängige NRO und die Stärkung der Zivilgesellschaft spiele dabei eine zentrale Rolle.

Die Kooperation im universitären Bereich wurde von **Prof. Jochem Gieraths (Osteuropazentrum der Universität Hohenheim)** nicht nur mit gegenseitigem Interesse begründet, sondern auch mit der ökonomischen Notwendigkeit, Drittmittel (bspw. der EU) einzuwerben. Die Universität Hohenheim zeige jedoch, dass gerade unter den Bedingungen des Wettbewerbs die Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Partnern zu einem entscheidenden Vorteil werden kann. Im Verdrängungswettbewerb der agrarwissenschaftlichen Fakultäten sei die Universität Hohenheim gerade durch den intensiven Ausbau der Drittmittelprojekte in der Osteuropa-Arbeit sehr gut aufgestellt. In der Entwicklung der europäischen Universitätslandschaft sei ein internationales Denken mittlerweile schlicht unerlässlich.

Die Arbeit der **Robert Bosch Stiftung** im Bereich MOE wurde unter dem Leitbegriff der „Anstiftung“ von **Markus Lux** präsentiert. Da das große zivilgesellschaftliche Potenzial nach 1989 in MOE zusammengebrochen sei, sehe man eine besondere Aufgabe darin, Demokratie so erlebbar zu machen, dass sie nicht als Parallelstruktur oder gar Gegenstück zur staatlichen Organisation missverstanden werde. Dabei gehe es darum, bestehende Initiativen zu stärken und langfristig sinnvolle Schlüsselqualifikationen zu fördern. Besondere Vorsicht und Sorgfalt müsse dabei der Frage gewidmet werden, inwiefern Förder- und Stifterangebote von außen interne Strukturen verzerrten, also beispielsweise die Arbeit von Akademikern abwerteten, indem die Besoldung von Hilfsarbeitern für internationale Organisationen deren Löhne um ein vielfaches übertreffen. Wichtigstes und immer wieder neu zu reflektierendes Ziel sei es daher, nur das zu fördern, was wirklich in den Ländern gebraucht werde.

Aus der Erfahrung der **Städtepartnerschaft Fellbach/ Pécs** berichtete **Marion Maiwald**, dass eine solche nachhaltige Kooperationsstruktur am besten durch das Aufbrechen der bilateralen Struktur erreicht werden konnte: Gemeinsam mit Pécs engagiere man sich nun im Kosovo und habe damit sowohl der Städtepartnerschaft eine neue Dynamik gegeben als

auch im Kosovo langfristig wirksame Hilfe für Bürgerkriegsopfer möglich gemacht. Wenn man betrachte, dass viele Kooperationsstrukturen und Stiftungsbüros nun ihre Aktivitäten weiter nach Osten verlagerten, so sei die wohl entscheidende Frage, wie man der Gefahr entgehe, sich in der Zusammenarbeit auf kurzfristige Aktionen zu beschränken, die mit dem Ende der Unterstützung zusammenbrechen, und stattdessen nachhaltige Strukturen der Zusammenarbeit aufzubauen.

Entscheidend hierfür sei jedoch, dass man in Baden-Württemberg das Bewusstsein dafür stärken, dass Länder wie Tschechien und Ungarn außer derzeit noch niedrigen Lohnkosten, großen Naturreservaten und biologischem Artenreichtum eine andere Tradition zivilgesellschaftlichen Engagements in die EU einbrächten.

Podiumsdebatte

Bilanz und Ausblick – Anforderungen an die Politik

Nathalie Haußner (MitOst und Junge Europäische Föderalisten) leitete das Abendpodium mit einem Impulsstatement ein. Sie definierte Nachhaltigkeit auch im Hinblick auf Generationengerechtigkeit und forderte ein größeres Engagement im Bereich der (Schlüssel-)Qualifikations- und Bildungsmaßnahmen. Hier seien vorbildliche Projekte von Siemens und McKinsey durchgeführt worden, die zeigten, dass auch mit relativ wenig Geld ein nachhaltiger gegenseitiger Wissenstransfer organisierbar ist. Vor allem sei jedoch der Schulunterricht zum Thema MOE zu überarbeiten, bzw. überhaupt erst zu entwerfen.

Die **ungarische Generalkonsulin Maria Nagy** legte in ihrem Statement wert darauf, dass der EU-Beitritt für Ungarn auch umweltpolitisch einen Qualitätssprung bedeute. Gleichzeitig sei die ungarische Wirtschaft von der Konjunkturerwicklung im übrigen Europa stark abhängig, so dass sich eine deutsche Konjunkturflaute direkt auf die ungarische Wirtschaft auswirke. Baden-Württemberg stünde an zweiter Stelle bei den wirtschaftspolitischen Beziehungen zu Deutschland, allerdings lägen bei umweltpolitisch relevanten Investitionen anderer Bundesländer wie Bayern deutlich vor Baden-Württemberg. Da es kaum inländisches Investitionskapital – und relativ wenig kleine und mittelständische Unternehmen – gäbe, erhoffe man sich ausländische, baden-württembergische Investitionen. Auch im Bereich der Hochschulen sei man an einem weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit den renommierten Universitäten in Baden-Württemberg interessiert. Auch im zivilgesellschaftlichen Bereich würde man die Kooperation mit Wohlfühlen beobachten. Es gebe in Ungarn durchaus eine Umweltbewegung, die in einzelnen Fällen erfolgreich gegen Bauprojekte gekämpft habe.

Für den **BUND** wies der **baden-württembergische Geschäftsführer Michael Spielmann** darauf hin, dass man in der Zusammenarbeit mit den neuen EU-Mitgliedern nicht den Eindruck erwecken dürfe, die Entwicklung in Westeuropa sei in allen Einzelheiten nachahmenswert. Auch hier seien die Probleme nach wie vor enorm und viele Schwierigkeiten bei weitem nicht gelöst. Allein durch den flächendeckenden Einsatz von Dieselrußfiltern könne man schätzungsweise 7.000 Tote pro Jahr in Deutschland verhindern. Entscheidend sei vor allem, von Anfang an eine angemessene Preisbildung zu versuchen. Denn unökologische Preisverzerrungen wie beispielsweise die unrealistisch günstige Mobilität führten zu enormen Zersiedelungs- und Umweltproblemen, wie sie in Deutschland zu beobachten sind.

Winfried Scheuermann, MdL, umwelt- und verkehrspolitischer Sprecher der CDU, wies zunächst daraufhin, dass das Thema Umwelt nicht explizit in den Osteuropa-Strategiepapieren der Landesregierung vorkommt. Die Erfahrungen in Ostdeutschland zeigten die Schwierigkeiten in der Transformation sehr deutlich: Obwohl hier keinerlei Sprachprobleme vorlagen und große Summen bereitgestellt wurden, seien vielfach ähnliche Fehler wie in Westdeutschland gemacht worden. Er schlug vor, entlang historischer und kultureller Affinitäten feste und exklusivere Partnerschaften zwischen west-, und (streichen) mittel- und osteuropäischen Staaten und Regionen zu etablieren.

Boris Palmer, MdL und umwelt- und verkehrspolitischer Sprecher von Bündnis 90/ Die Grünen, unterstrich die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Bahnpolitik: Durch die verschiedenen Spurbreiten sei der Güterverkehr zwischen Ost und West nach wie vor gegenüber dem Güterverkehr auf der Straße benachteiligt. Im Vergleich zu den USA, wo bereits 40 Prozent des Güterverkehrs über die Bahn abgewickelt würden, bleibe die Belastung durch den LKW-Güterverkehr in Europa weiter unerträglich hoch. Auch bei der Produktionsverlagerung nach Mittel- und Osteuropa müsse der dadurch steigende Güterverkehr mitberücksichtigt werden: Wenn baden-württembergische Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Verlagerung von arbeitsintensiven Produktionen erhielten und damit auch Arbeitsplätze im Land bewahrten, so sei dies zwar grundsätzlich zu begrüßen. Dies könne aber nicht bedeuten, dass man die externen Kosten, die im Güterverkehr entstünden (Staus, Luftverschmutzung, Klimaschäden etc.) einfach der Allgemeinheit auferlegen könne. So sei es beispielsweise ein Skandal, dass die Produktion von Apfelsäften zunehmend aus Konzentraten aus China oder Polen erfolge. Hier müsse man kritisch hinterfragen, wie nachhaltig derartige Entwicklungen wirklich seien.

In der anschließenden Diskussion wurde mehrfach auf das Desiderat einer Integration des Themas in die Bildungspläne hingewiesen. Nicht nur eine wirkliche Erziehung zur Nachhaltigkeit stünde am Anfang. Auch Basiskenntnisse über MOE müssten dringend in die Lehrpläne integriert werden.

Außerdem wurde nochmals eine gesonderte Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen angemahnt. Da diese aus strukturellen Gründen größere Hürden bei der wirtschaftlichen Kooperation mit MOE zu überwinden hätten, bleibe die Landesregierung in der Pflicht, ihr Engagement in diesem Bereich weiter auszubauen.

Die Veranstaltung fand statt in Zusammenarbeit mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Baden-Württemberg und der Heinrich Böll Stiftung Sachsen-Anhalt im Rahmen des von der EU-Kommission kofinanzierten Programms „Flüsse verbinden europäische Regionen“ und wird mit Mitteln der Europäischen Kommission aus ihrem Programm „Erweiterung - das neue Gesicht der EU. Partnerschaften mit der Bürgergesellschaft“ gefördert.